

Denkwürdigkeiten



Journal der
Politisch-
Militärischen
Gesellschaft

Nr. 24
Dezember
2005

Herausgegeben vom Vorstand
der Politisch-Militärischen Gesell-
schaft e.V. in Berlin

ISSN 1436-3070

LEADOFF

Liebe Mitglieder,

der Verteidigungsminister hat gewechselt. Die Transformation der Bundeswehr bleibt. Damit hat ein im besten Scharnhorstischen Sinne ressortübergreifend, multinational, bildungsgestützter Erneuerungsprozess, der die deutschen Streitkräfte für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts fit machen soll, eine wichtige Nagelprobe bestanden. Mit diesen Herausforderungen befassen sich die Beiträge dieser Ausgabe der Denkwürdigkeiten. Hinzu kommt ein Blick über den Tellerrand – nach Japan. Der gemeinsame Nenner aller Beiträge: Kritische Reflexion lohnt sich.

Mit den besten Wünschen für ein frohes, gesundes Weihnachtsfest und ein gutes Jahr 2006!

Ralph Thiele ist Gründungsvorsitzender der pmg

In dieser Ausgabe

1 50 Jahre Bundeswehr – Geburtstag im Zeichen der Transformation

von Ralph Thiele

5 Die Auseinander- setzung mit dem Islamistischen Terrorismus Deutsche Sichtweisen und ihre Wahrnehmung in der internationalen Fachwelt

von Johannes Urban

7 Notwendige Normalität: Die Wiederkehr der Geopolitik

von Dr. Hans-Ulrich Seidt

7 Von Koizumi lernen

von *atlanticus*

THEMEN

50 Jahre Bundeswehr

Geburtstag im Zeichen der
Transformation

1. "An der Spitze des Fortschritts"

Als am 12. November 1955 die ersten 101 Freiwilligen in der Erneikeil-Kaserne in Bonn ihre Ernennungsurkunde aus der Hand von Verteidigungsminister Theodor Blank erhalten, nimmt dieser ganz bewusst Bezug auf Gerhard Johann David von Scharnhorst. Er legt den Gründungsakt der Bundeswehr auf den 200. Geburtstag des großen Reformers und verdeutlicht damit die Verbindungslinie zu den preußischen Reformen. Scharnhorst soll der Bundeswehr den Weg weisen. Entsprechend zitiert Verteidigungsminister Blank den preußischen General: "*Tradition in der Armee hat es zu sein, an der Spitze des Fortschritts zu marschieren.*" Vor dem Hintergrund des dunkelsten Kapitels deutscher Militärgeschichte beginnen die deutschen Streitkräfte eine unglaubliche Erfolgsgeschichte – Reintegration in die Staatengemeinschaft, fest verankert im Nordatlantischen Bündnis und in der Europäischen Union, verantwortlich engagiert in den Vereinten Nationen, geachtete und leistungsfähige Streitkräfte in der Demokratie.

50 Jahre später stellt sich die Bundeswehr als "*Armee im Einsatz*" der Herausforderung, mit den immer schnelleren und komplexeren sicherheitspolitischen Entwicklungen mitzuhalten und angemessen zu reagieren. Der Schlüsselbegriff hierzu heißt "*Transformation*". Im Verständnis des Generalinspektors der Bundeswehr ist er "*... zu einem Synonym geworden für unsere Visionen, wie Streitkräfte als eines der vielfältigen Instrumente politischen Handelns zur Bewältigung der sicherheitspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts beitragen können.*"¹ Auch er

¹ General Wolfgang Schneiderhan, Vortrag während des 14. Forum Bundeswehr & Gesellschaft der WELT am SONNTAG am 04. November 2003 in Berlin, www.bmvg.de/archiv/reden/inspekteure/031104_schneiderhan_wams.php

verweist auf die preußischen Reformer: "Die Staatsreform des Freiherrn von Stein, die Bildungsreform Humboldts und die Militärreform Scharnhorsts und Gneisenaus schufen nach Jena und Auerstedt eine ganz ähnliche Aufbruchstimmung."²

2. Ein neues Sicherheitsbild

Streitkräfte sind seit jeher ein Spiegelbild der Gesellschaft. Als Produkt ihrer Zeit entwickeln sie sich in Abhängigkeit von gesellschaftlichen Trends und verfügbaren Technologien. Wie Scharnhorst und Gneisenau vor ihm, bemüht sich Wolf Graf von Baudissin Anfang der 50er Jahre um ein den neuen Verhältnissen entsprechendes realistisches Kriegsbild. In der Analyse des Zusammenhangs von Politik und Streitkräften sieht er die Gemeinsamkeiten der Situationen in den Revolutions- und napoleonischen Kriegen einerseits und dem Ende des Zweiten Weltkrieges mit den jeweiligen neuen Dimensionen der Kriegführung andererseits. Hier das neue Kriegswesen, das in Jena und Auerstedt dem absolutistischen Heerwesen keine Chance ließ und dort die Revolution in der Kriegführung durch die modernen Nuklear- und anderen Massenvernichtungswaffen.

In der Analyse Baudissins liegen die Konsequenzen der nuklearen Bewaffnung der Großmächte auf der Hand. Kriegführen ist sinnlos, da der Atomkrieg auch den Sieger vernichtet. Aus dem veränderten Kriegsbild leitet er ab, dass sich Streitkräfte künftig in erster Linie als Abschreckungsinstrument zur Friedenssicherung zu verstehen haben. Sie leisten hierzu durch Präsenz und Kriegführungsfähigkeit ihren Beitrag. Kämpfen können um nicht kämpfen zu müssen, lautet die vereinfachte Formel zu seinen Überlegungen.

Ein halbes Jahrhundert später bestimmen die Vernetzungen in einer globalisierten Welt die Neuausrichtung der deutschen Streitkräfte. Die Gleichung *Sicherheit = Streitkräfte* oder in ihrer Steigerungsform *mehr Streitkräfte =*

mehr Sicherheit gilt nicht mehr. Sicherheit im 21. Jahrhundert kann nur mehr als ein komplexer Prozess verstanden werden, der durch zahlreiche, teilweise miteinander verbundene Faktoren, beeinflusst wird. In dem neuen Sicherheitsbild sind Sicherheitsrisiken nicht mehr eindeutig zuzuordnen und kaum zu begrenzen – weder in ihrer Qualität noch hinsichtlich ihrer geographischen Lage. Die vereinfachte Formel in der Transformation lautet deshalb jetzt: Kämpfen können und – gelegentlich – kämpfen müssen.

Neue Unsicherheiten und dadurch unkalkulierbare Gefahren prägen die Welt im neuen Jahrhundert. Terrorismus, Ressourcenknappheit und Verwundbarkeit von Finanzmärkten und kritischer Infrastruktur können mit geringer Vorwarnzeit zu akuten Krisen führen und die Politik – national wie auch international – empfindlich treffen und aus dem Takt bringen. Hinzu kommt eine Vielzahl weiterer Problemfelder. So schrumpft und überaltert die Bevölkerung in Europa. Sozial- und Rentensysteme werden immer stärker angespannt. Migrationbewegungen gewinnen an Dynamik und Umfang. Parallelgesellschaften entstehen.

Das klassische Kriegsbild erweitert sich zu einem Sicherheitsbild, in dem das Militär eine absolut kleinere und zugleich dennoch qualitativ erweiterte Rolle im Konzert der sicherheitspolitischen Akteure spielt. Der Übergang vom Frieden zum Krieg wird fließend. Es gibt keine formellen Kriegserklärungen. Die Konflikte selbst sind von einer hohen Eskalationsdynamik geprägt. Der Konfliktaustragung folgen lange Phasen der Konfliktnachsorge bzw. Konsolidierung, die damit zum Schwerpunkt des sicherheitspolitischen Engagements werden. Die Beteiligung Dritter wie NGOs und anderer Ressorts erfordert einen hohen Koordinations- und Planungsaufwand. Das Zusammenbrechen von Recht und Gesetz kann militärisches Operieren unter Bedingungen des zivilen Chaos erfordern. Auseinandersetzungen mit Kriminellen und Banditen sind denkbar. Flüchtlin-

ge müssen versorgt werden. Eine Unterstützung im Sinne von "Host Nation Support" gibt es in aller Regel nicht. Die ständig präsenten Medien bestimmen durch ihre Berichterstattung die Wahrnehmung des Konflikts in der Öffentlichkeit und damit Bandbreite und Optionen praktischen und militärischen Handelns.

Asymmetrische Konfliktaustragung wird zur Regel. Der wissenschaftlich-technologische Fortschritt und die steigende Vernetzung, Globalisierung und damit Verwundbarkeit moderner Industriegesellschaften verstärken deren Erfolgchancen. Die enormen Multiplikatoreffekte, die sich mit den verschiedenen Anwendungen von Informationen verbinden, machen Staat und Gesellschaft in hohem Maße abhängig von der gesicherten Verfügbarkeit und Funktionsfähigkeit dieser meist untereinander vernetzten Potenziale. Telekommunikationssysteme und Datenbanken müssen störungsfrei arbeiten, ebenso die Energie- und Trinkwasserversorgung, Verkehr, öffentliche Verwaltung, Industrie, Handel, Banken, Versicherungen, Polizei, Sicherheits- und Rettungsdienste sowie auch die politische und militärische Führung auf allen Ebenen.

Bereits geringste Störungen können gravierende Auswirkungen haben. Genau deshalb verlagern Akteure, die über keine ausgeprägten militärischen Fähigkeiten verfügen, Auseinandersetzungen zunehmend in "schwieriges" Gelände wie Städte und Wälder. Auch der Informationsraum zählt hierzu. Terroristen und Terrororganisationen wollen ihre individuellen Ziele zudem immer häufiger über Großschadensereignisse durchsetzen. Da es nicht gelingt, das Problem weltweiter Proliferation in den Griff zu bekommen, rückt der Tag näher, an dem terroristischen Gruppierungen in den Besitz von Atomwaffen oder andere Massenvernichtungswaffen kommen können.

Streitkräfte haben sich auf den anhaltenden Wandel einzustellen. In Zukunft wird es für diese nicht mehr in erster Linie darauf an-

² ebenda

kommen, das Territorium vor einer Invasion zu schützen. Priorität hat vor allem der Schutz von Bevölkerung und kritischer Infrastruktur. Die hergebrachten militärischen Konzepte und Fähigkeiten sind diesen neuen Herausforderungen nicht mehr gewachsen. Die entstehende Wissensgesellschaft verändert die Streitkräfte und deren Einsatz.

Da "asymmetrische" Bedrohungen auf die Verwundbarkeiten der gesamten Gesellschaft zielen, gewinnen militärische Beiträge erst "im Verbund" mit anderen staatlichen oder internationalen Akteuren die erforderliche nachhaltige Wirkung. Sie sind in das "Gesamtpaket" staatlicher Maßnahmen bzw. in internationale Maßnahmen zu integrieren. In einem umfassendes Verständnis von Sicherheit werden sie flexibel eingesetzt, wohl abgestimmt mit den anderen Instrumenten der Politik in einem Gesamtansatz multinationaler, kooperativer Sicherheitsvorsorge. Dies begründet auch die gestiegene Bedeutung von Krisenmanagement, Krisenprävention und – wenn erforderlich – der Fähigkeit zur Eindämmung und Beendigung ausgebrochener Konflikte.

3. Ein grundlegend neuer Kurs

Merkmal der bisherigen Reformen der Bundeswehr war deren inhaltlich und zeitlich klar umrissener Endzustand. Da die herkömmlichen Steuerungsmechanismen nicht mehr greifen, "...musste der Auftrag der Bundeswehr einer veränderten Welt angepasst und die Aufgaben neu geordnet werden. ...Transformation ist damit zu einem Synonym geworden für unsere Vorstellung davon, wie die Bundeswehr in einem ganzheitlichen sicherheitspolitischen Ansatz zur Bewältigung der sicherheitspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts befähigt werden kann."³ Die Begriffswahl verdeutlicht den grundlegend neuen Kurs.

Die Konzeption der Bundeswehr vom August definiert Transformation als "...Gestaltung eines fortlaufenden, vorausschauenden Anpassungsprozesses an das sich verändernde sicherheitspolitische Umfeld, um die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr zu erhöhen und auf Dauer zu erhalten."⁴ Trotz der gegenwärtigen einengenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der sich daraus ergebenden Sparzwänge geht es im Kern um bessere und einsatzfähigere Streitkräfte. Hierbei:

- kommt es künftig weniger auf die individuellen Fähigkeiten von Heer, Luftwaffe und Marine sowie der anderen Organisationsbereiche an. Der bundeswehrgemeinsame Ansatz stellt die Fähigkeiten der Bundeswehr als Ganzes in den Mittelpunkt.
- sind die Streitkräftestrukturen konsequent auf multinationale Einsätze im globalen Rahmen auszurichten.
- reflektiert der Umfang der Bundeswehr Aufgaben, Verantwortung und Möglichkeiten Deutschlands.
- ist die Ausrüstung nicht nur aufgabengerecht zu konzipieren, sondern auch finanzierbar. Verfügbare technologische Entwicklungen sind im Rahmen der Vernetzten Operationsführung umfassend zu nutzen.
- sind Wirtschaftlichkeit und Kosteneffizienz als integraler Bestandteil der Modernisierung von Streitkräften und Verwaltung zu berücksichtigen.

Die globale Mitverantwortung Deutschlands für Frieden und Sicherheit erfordert seine Einbindung in Bündnisse und Koalitionsstrukturen. Die eigenen nationalen Fähigkeiten müssen in enger Kooperation mit den internationalen Partnern und Schrittmachern entwickelt werden. Darauf aufbauend wird der deutsche Beitrag zur Transformation der NATO gestaltet. Die Ergebnisse fließen in Form von Standards, Doktrinen und Einsatzkonzepten in die weitere Ausprägung der

Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität mit ein.

Mit Blick auf die anspruchsvollen, spezifischen Herausforderungen der Transformation haben sich auf internationaler Ebene die USA und Kanada, Australien und England, Frankreich und Deutschland im Military Interoperability Council zusammengeschlossen. Seit kurzem ist Italien hinzugegetreten. Diese Staaten koordinieren und dynamisieren in diesem Kooperationsforum die jeweiligen nationalen Transformationsprozesse. Die Bundeswehr hat erstmalig im Jahr 2001 an einem "Limited Objective Experiment" des US Joint Forces Command substantziell teilgenommen. Seitdem beteiligt sie sich konsequent an multinationalen und NATO-CD&E-Prozessen⁵ und hat inzwischen auch einen eigenen nationalen Experiment-Zyklus⁶ entworfen.

Das frühzeitige Erkennen von Innovationspotenzial ist für die Zukunftsfähigkeit von Streitkräften ausschlaggebend. Concept Development & Experimentation dient dieser Zielsetzung. Es identifiziert als Methode im Transformationsprozess der Bundeswehr Innovationspotenzial, untersucht es auf Nutzen und kurz- bis mittelfristige Realisierungsfähigkeit und legt die Ergebnisse als Lösungsvorschlag der politisch-militärischen Führung zur Entscheidung vor. Ideen, virtuelle Realität und tatsächliche Einsatzbedingungen werden dabei eng miteinander verwoben, damit komplexe, langwierige und kostenaufwendige Prozesse entscheidend verkürzt und preiswerter gestaltet werden können. Mit Hilfe von Modellbildung und Simulation werden konzeptionelle Überlegungen, organisatorische Vorstellungen sowie Innovationen im technologischen Bereich kritisch auf ihre Praktikabilität, ihre Zuverlässigkeit und ihre Kostenfolgen überprüft.

Die Integration technischer und wissenschaftlicher Innovation in

³ Vgl. General Wolfgang Schneiderhan in seiner Rede am 8. November 2004 vor dem Welt am Sonntag Forum, Berlin

⁴ BMVg, Konzeption der Bundeswehr vom 9. August.2004, S. 69

⁵ Concept Development & Experimentation – Konzeptentwicklung und Experimentierung

⁶ Der Zyklus – eine Serie von streitkräftegemeinsamen Experimenten – firmiert unter dem Dachbegriff "Common Enhancement"

die Streitkräfte ist für die Streitkräfteplanung eine große Herausforderung. Die vorhandenen Konzepte, Strukturen, Prozesse und Instrumente sind anzupassen, um jene Fähigkeiten zu generieren, die für die Streitkräfte von heute und morgen relevant sind. Auch auf industrieller Seite sind Dialog und Kooperation geboten. Die wichtigsten Partner müssen im erforderlichen multinationalen Format mit Verteidigung und Wirtschaft, Forschung und Technologie einen Prozess gemeinschaftlicher, dynamischer Weiterentwicklung und Zusammenarbeit beginnen und entscheidend vorantreiben. Die Entscheidung der politischen und militärischen Führung, in der Bundeswehr Eingreif-, Stabilisierungs- und Unterstützungskräfte aufzustellen und dabei der Fähigkeit zur "Vernetzten Operationsführung"⁷ insbesondere bei den Eingreifkräften eine Schlüsselrolle einzuräumen, setzt die gewonnenen Erfahrungen bereits um.

"Vernetzte Operationsführung" ist inzwischen Kern der Transformation der Bundeswehr und zugleich deren bedeutendste Initiative. Entwicklungen in der Information- und Kommunikationstechnologie erlauben erst in jüngster Zeit eine Vernetzung aller für Sicherheit relevanter Bereiche, darunter die Fusion von Daten und Wissen aus Aufklärungs-, Überwachungs- und geheimdienstlichen Erkenntnissen. Mit NetOpFü wird das militärische Fähigkeitsprofil signifikant verbessert und zugleich der Schulterschluss, die Fähigkeit zur Zusammenarbeit mit unseren wichtigen Partnern bewahrt. Dabei gründet sie auf Auftragstaktik.

Vernetzte Streitkräfte sollen primär auf das Verhalten des Widersachers einwirken. Auf der Grundlage von Informations- und Wissensüberlegenheit geht es um Entscheidungsüberlegenheit. Ihr dient der schrittweise Aufbau eines "Global Information Grid" als Datenautobahn und eines auf die verschiedensten Nutzer ausgerichteten "Gemeinsamen Rollen-

orientierten Einsatz-Lagebildes".⁸ Wie ein Brennglas vermittelt das GREL konturenscharf, welche Architekturen und Bandbreiten im Bereich der eingesetzten Informations- und Kommunikationstechnologien, welche politischen, militärischen und industriellen Initiativen und Kooperationen mit Blick auf Fähigkeitsprofil und Interoperabilität zu erbringen sind.

In einem sogenannten "Effects Based Approach", also einem wirkungsorientierten Ansatz, werden bislang unabhängig voneinander erbrachte Planung und Entscheidungsfindung kohärent, simulationsgestützt zusammenfasst. Effects Based Operations beruhen auf Maßnahmen in den Bereichen Diplomatie, Information, Wirtschaft und Militär. Die Kernfähigkeit wirkungsorientierter Operationen ist ein übergeordneter Führungsprozess, der diejenigen Mittel einsetzt, die am besten geeignet sind, vorab klar definierte politische, militärische, wirtschaftliche, soziale, infrastrukturelle und Informationswirkungen zu erzielen. Derart tragen die Wirkungen militärischen Handelns zu den beabsichtigten Ergebnissen einer "Grand Strategy" bei.

Der Transformationsweg der deutschen Streitkräfte führt strukturell über die NATO Response Force. Die schnelle Eingreiftruppe der NATO ist Kern der entstehenden Fähigkeit der europäischen Bündnisstaaten zur wirkungsorientierten, vernetzten Operationsführung. Als eine Hochleistungstruppe mit hoher Verfügbarkeit ist sie zugleich ein zentraler Baustein der gemeinsamen europäischen Sicherheitsvorsorge. Zusammen mit Frankreich und Großbritannien hat Deutschland darüber hinaus das Battlegroup-Konzept initiiert. In dessen Rahmen sollen in den nächsten Jahren zur Verbesserung der Fähigkeiten der Europäischen Union und zur raschen Krisenbewältigung leistungsfähige, schnell verfügbare und verlegbare Gefechtsverbände einer Größenordnung von jeweils etwa 1.500 Soldaten aufgestellt werden. Damit verschafft sich Europa ein der NATO

Response Force vergleichbares militärisches Instrument. Die Fähigkeiten von NATO und Europäischer Union zur schnellen Krisenreaktion gewinnen damit insgesamt deutlich an Gewicht und Relevanz. Die NATO Response Force und die Battlegroups sind Katalysatoren dieser neuen Entwicklung.

4. Der Mensch in der Transformation

Transformation beginnt in den Köpfen. Soldaten und zivile Mitarbeiter sind Planer, Gestalter und Realisatoren des Transformationsprozesses. Sie geben die Zielsetzungen vor und legen die inhaltlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen fest. Sie sind aber auch Betroffene der Entscheidungen und Maßnahmen. Dies verlangt Einsicht in die Notwendigkeit kontinuierlicher Anpassung, ebenfalls die aktive Mitarbeit bei der Umsetzung von Transformationszielen.

Der Mensch wird in der Transformation weitaus mehr gefordert als bisher. Er muss das herkömmliche handwerkliche Portfolio beherrschen, aber auch mehr und anderes als bisher. Drei Grundvoraussetzungen für ein erfolgreiches Gestalten des Transformationsprozesses sind durch Bildung, Ausbildung und Erziehung zu vermitteln:

1. "Transformation" erfordert von den Betroffenen den Willen zur Umgestaltung sowie die Bereitschaft, sich selbst anzupassen. Es geht um das Umlernen von tief verinnerlichten individuellen und kollektiven Verhaltensmustern sowie Identitäten.
2. Eine klare Orientierung ist für die Soldatinnen und Soldaten erforderlich, gerade weil Transformation von einem dynamischen Veränderungsprozess geprägt ist. Die Konzeption der Inneren Führung liefert hierbei auch in der Transformation einen entscheidenden Rahmen, denn deren Kernelemente bleiben gültig.
3. Die neuen Herausforderungen, die neuen Möglichkeiten, weltweite Einsätze mit unter-

⁷ NetOpFü

⁸ GREL

schiedlichsten Partnern aus unterschiedlichen Kulturkreisen verlangen den Mitarbeitern der Bundeswehr ein zunehmend anspruchsvolleres Fähigkeitsprofil ab.

In der Transformation sind vorbildliche Führung der und Vertrauen in die Vorgesetzten entscheidende Größen, die Komplexität der Aufgabenstellung zu meistern. Führung ist Grundvoraussetzung für Erfolg. Vertrauen ist Voraussetzung für erfolgreiche Führung, denn es ist die Basis für erfolgreiches Handeln, für Akzeptanz von Entscheidungen und für ein harmonisches Miteinander. Führungskräfte haben zu führen und Entscheidungen zu treffen und das Fähigkeitspotenzial ihrer Mitarbeiter zur Entfaltung zu bringen. Wenn es gelingt, das Vertrauen der Umgebung, der Mitarbeiter und Kameraden zu gewinnen und zu bewahren, werden auch die angestrebten Resultate erzielt. Vertrauen trägt wesentlich zu Motivation bei. Das Selbstwertgefühl wird gefördert und Raum für Initiative und Kreativität geschaffen.

Der Transformationsprozess erfordert von der Bundeswehr künftig dauerhaft große Anstrengungen. Sie kann sich nicht darauf verlassen, dass ihr andere den Weg ebnen. Führen mit Aufträgen sowie eine vertrauensgestützte Führungskultur werden es ermöglichen, die Menschen auf dem Weg der Transformation mitzunehmen. Beides sind Konstanten einer Führungsphilosophie, die sich als *"Innere Führung"* in der Bundeswehr voll bewährt hat. Bildung, Ausbildung und Erziehung spielen dabei eine Schlüsselrolle, denn mit den Worten von General Wolfgang Schneiderhan: *"Hier geht es um die geistige Auseinandersetzung mit einer Zeit, mit den Entwicklungen in unserer Gesellschaft, mit den Tendenzen der großen Politik in dieser Welt und mit den ethisch-moralischen Fundamenten unseres Handelns."*⁹ Dies war so bei Gerhard von Scharnhorst, bei der Grün-

dung der Bundeswehr und gilt auch im Zeichen der Transformation an ihrem 50. Geburtstag.

Oberst i.G. Ralph Thiele

Oberst i.G. Ralph Thiele, pmg-Vorstandsvorsitzender, ist Direktor Lehre an der Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg

Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Verfassers wieder.

THEMEN

Die Auseinandersetzung mit dem Islamistischen Terrorismus

Deutsche Sichtweisen und ihre Wahrnehmung in der internationalen Fachwelt

Zum fünften Mal trafen sich vom 11. bis 14. September Experten aus 44 Ländern am Institut für Terrorismusbekämpfung (ICT) der israelischen Elite-Universität Herzlia, um über Konsequenzen des islamistischen Terrorismus und mögliche Gegenmaßnahmen zu beraten. Otto Schily hatte 2004 die Position der Bundesregierung präsentiert. In diesem Jahr sprach der bisherige Geheimdienstkoordinator im Bundeskanzleramt und neuer Präsident des Bundesnachrichtendienstes, Ernst Uhrlau. Seine Kernthesen: Al-Qaida sei in eine Ideologie mutiert; es entstünden immer neue Strukturen, die sich immer schwerer bekämpfen ließen; der Krieg im Irak sei maßgeblich für diese Entwicklung verantwortlich, weil er zu einer Radikalisierung der in Europa lebenden muslimischen Bevölkerung – insbesondere der Jugend – geführt habe.

Die wohl bedrückendste Antwort auf Uhrlaus Thesen gab der renommierte Terrorismusforscher Bruce Hoffman, Leiter des Washingtoner Büros des Think Tanks RAND Corporation: "Die zurückkehrenden Terroristen werden ein riesiges Problem in Westeuropa; sie sind in der Lage,

Anhänger zu rekrutieren – und sie können sich hervorragend in urbanen Umgebungen bewegen." Die Wahrscheinlichkeit, dass es gerade in Europa vermehrt zu Anschlägen kommt, verstärkt sich Hoffman zufolge noch durch den Wandel des Modus Operandi: "Wir werden in Zukunft eher kleinere Anschläge erleben – gut geplant und auf spezifische Ziele konzentriert. Sie werden nach Sicherheitslücken suchen und sie ausnutzen". Den Schlüssel zu erfolgreichen Gegenmaßnahmen sieht Hoffman darin, beide Komponenten der Anti-Terror-Kampagne – den "Abnutzungskrieg" gegen terroristische Strukturen und den "Krieg der Ideen" gegen die islamistische Ideologie und ihre Propagandisten – besser aufeinander abzustimmen. "Wir müssen Gewalt anwenden", so Hoffmans Kernthese, "aber wir müssen auch den Kreislauf der Rekrutierung durchbrechen".

Wie schwierig es allerdings in der politischen Praxis ist, diese Balance zu finden, brachte Ernst Uhrlau in erstaunlicher Offenheit auf den Punkt: Da die islamistischen Netzwerke extrem wandlungsfähig seien, würde es notwendig, Moscheen, Kulturzentren und gar bestimmte Stadtteile verstärkt zu überwachen. Das aber scheitere an der gegenwärtigen politischen Kultur Deutschlands. Deshalb sei man darauf angewiesen, auf die Kooperation der Muslime in Deutschland zu vertrauen. Einige Teilnehmer werteten diese Aussage als implizites Eingeständnis, dass die rot-grüne Bundesregierung nicht bereit war, durch Aufklärungsarbeit den für konsequente und effektive Bekämpfungsmaßnahmen notwendigen Bewusstseinswandel herbeizuführen.

Dieser Eindruck wurde noch verstärkt durch den zweiten hochkarätigen Beitrag eines deutschen Referenten: Klaus Naumann, ehemaliger Vorsitzender des NATO Militärausschusses. In seinem Vortrag zur Rolle des Militärs in der Terrorismusbekämpfung beklagte Naumann einen "gegenständlichen Informationsstand" von Experten auf der einen und der breiten Öffentlichkeit auf der an-

⁹ General Wolfgang Schneiderhan, Innere Führung – hoher Anspruch an die Praxis, in Martin Kutz (Hrsg.), Gesellschaft, Militär, Krieg und Frieden im Denken von Wolf Graf von Baudissin, Baden-Baden 2004, S. 184

deren Seite. Viele glaubten noch immer, dass sich das europäische Traumbild eines ewigen Friedens erfüllt habe. Der Konsens zwischen Europa und Amerika im Umgang mit Sicherheitsbedrohungen sei deshalb hinfällig. Dem setzte Naumann einen Appell an eine gemeinsame, langfristig angelegte Strategie entgegen, um Anschläge zu verhindern und den Staat und seine Bürger zu schützen. Zentrale Themen in Naumanns Strategie: Integration der Muslime im Westen, Ausforschung terroristischer Gruppen und Strukturen sowie "Insulation" – also Schutz von Bürgern, staatlichen Einrichtungen und anderen Elementen "kritischer Infrastrukturen". Naumann befürwortete ausdrücklich Maßnahmen gegen Staaten, die durch Weitergabe von unkonventioneller Stoffen, Waffen, Technologien oder Geldern zur Bedrohung beitragen – oder gar Terroristen Unterschlupf bieten. Naumann forderte jedoch auch, dass der Westen stärker den Ursachen der islamistischen Gewalt begegnen müsse. Seine umfassende und strategische Sicht auf die Herausforderung beeindruckte Teilnehmer wie Beobachter gleichermaßen.

Wie wenig gesichertes Wissen über Ursachen und ihre Zusammenhänge jedoch bisher vorliegt, zeigte nicht zuletzt einer der vielen Workshops zu einzelnen Aspekten der Problematik. Zwar kristallisierte sich in der Debatte das bekannte Ursachenbündel heraus – sozioökonomische, psychologische und ideologische Faktoren. Die zentrale Frage, warum und unter welchen Begleitumständen manche muslimische Jugendliche Erfüllung darin suchen, sich mit unbeteiligten Menschen in die Luft zu sprengen, und andere nicht, blieb und bleibt unbeantwortet. Dass mehr als andere die effektive, höchst manipulative Propaganda islamistischer Organisationen für die Radikalisierung muslimischer Jugendlicher verantwortlich zu machen ist, war ein Leitmotiv der Konferenz. In den Augen der Experten sind zwei Entwicklungen besonders besorgniserregend: Die Glorifizierung von Selbst-

mordattentätern in arabischen Satellitenkanälen wie z.B. al-Alam und al-Dschasira. Sie trägt maßgeblich zur Beeinflussung des Mainstreams im Islam bei. Interessierte Rekruten für den "Heiligen Krieg" wiederum finden im Internet zahlreiche Werkzeuge, um sich für eigene Aktivitäten vorzubereiten oder an bestehende Zellen Anschluss zu finden. Dr. Reuven Paz, Leiter der Islamismusforschung an der Universität Herzlia, bezeichnete das Internet deshalb gar als die "Offene Universität des Dschihad".

Wie diesem Phänomen beizukommen ist, ohne die Offenheit der westlichen Gesellschaften zu gefährden, war eines der am heißesten diskutierten Dilemmata. Auch Alan Dershowitz, Professor an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Harvard University und gefeierter Autor rechtsphilosophischer Bestseller, konnte sie nur vage beantworten. Aus Harvard per Videokonferenz zugeschaltet forderte er die Legalisierung präemptiver Bekämpfungsmaßnahmen, im doppelten Sinne des Wortes. Der Dimension der neuen Gefahren wegen müssten einige Tabus gebrochen werden, z.B. bei der Überwachung Verdächtiger oder anderen Eingriffen in Freiheitsrechte. Sie müssten jedoch sorgfältig und nicht in der Hitze des Gefechts verregelt werden, denn: "Präemption ist legitim. Manche Formen sind aber nicht legitim. Solche Entscheidungen dürfen nicht von Entscheidungsträgern "am Boden" getroffen werden. Sie werden nämlich immer die Gefahren für sich überschätzen und die Gefahren für andere unterschätzen". Dershowitz plädierte damit für eben die differenzierende Verregelung von Ausnahmefällen, die in Deutschland nach langen Debatten als Notstandsgesetzgebung Eingang in das Rechtssystem gefunden hat. Die paranoide Protestwelle, die sich an ihnen entzündete, ist heute selbst einigen der damals beteiligten unverständlich, wie Otto Schily jüngst beim Geburtstagsempfang Ernst Bendas betonte. Dass die Ergänzung dieser Notstandsgesetze um den Ausnahmefall katastrophaler terroristischer Anschläge

im Deutschen Bundestag am Widerstand von rot-grün scheiterte, ist eine Nachwirkung der Angst der "1968er" vor staatlicher Allmacht und Willkür. Sie spiegelt die von Ernst Uhrlau und Klaus Naumann beklagte gegenwärtige politische Kultur Deutschlands wider. Jene werde sich erst dann ändern, wenn auch in Deutschlands Straßen Blut fließen würde, beklagte Avi Dichter, ehemaliger Chef des Israelischen Inlandsgeheimdienstes Shin Bet. Selbstkritisch mit Blick auf Israel forderte dagegen Dr. Boaz Ganor – Leiter der Konferenz und Vorsitzender des jüngst gegründeten Terror-Experten-Verbandes "Ictac" – die europäischen Teilnehmer auf, heute für eine evolutionäre Beschränkung der Freiheit einzutreten um einer morgen drohenden revolutionären Entwicklung mit demokratieschädlichen Übertreibungen vorzubeugen. Damit traf er den Nerv des Publikums, in dem sich viele aktive Agenten, Polizisten und Soldaten befanden, die nichts mehr fürchten als eine weitere Eskalation des Konflikts im Herzen der demokratischen Gesellschaften des Westens. Bleibt zu hoffen, dass die entstehende Große Koalition der islamistischen Herausforderung mit Konsequenz und Augenmaß entgegentritt – im Inneren wie im Äußeren.

Johannes Urban, Herzlia, Israel

Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Verfassers wieder.

Kontakt: Johannes Urban [01635687226; privat@jurban.de]
Informationen zum Autor: www.johannesurban.de

THEMEN

Notwendige Normalität: Die Wiederkehr der Geopolitik

Heinz Brill, Geopolitische Analysen. Beiträge zur deutschen und internationalen Sicherheitspolitik 1974-2004, Bissendorf 2005 (Biblio-Verlag), 459 S., 34.- Euro

Fast ein halbes Jahrhundert war der Begriff "Geopolitik" aus dem deutschen Wortschatz verschwunden. Es gab Gründe dafür: Verbindungen der führenden Geopolitiker Karl und Albrecht Haushofer zu Repräsentanten des NS-Regimes ließen es ratsam erscheinen, das Wort zu meiden und Geopolitik als pseudowissenschaftliche Rechtfertigungsideologie für die Eroberung von "Lebensraum" zu verdammen. Dabei spielte es keine Rolle, dass die Gestapo Albrecht Haushofer als Angehörigen der deutschen Widerstandsbewegung ermordet hatte und die Siegermächte erkannten, dass Karl Haushofers vordergründige Nähe zur nationalsozialistischen Politik im wesentlichen durch seine enge persönliche Bindung an Rudolf Hess und die gleichzeitige Gefährdung der Familie durch die NS-Rassegesetze begründet war.

Vor diesem düsteren Hintergrund gehört die Renaissance der Geopolitik in Deutschland zu den bemerkenswerten politischen Entwicklungen der letzten Jahre. Heute erinnert vor dem Innenministerium in Berlin ein Denkmal an Leben und Werk Albrecht Haushofers. Die dem Kanzleramt unterstellte Bundesakademie für Sicherheitspolitik behandelt in ihrem Ausbildungsprogramm bewusst geopolitische Themen. Und mit den Worten: "Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt!" knüpfte Peter Struck, der frühere Bundesverteidigungsminister und heutige SPD-Fraktionsvorsitzende, an jene spezifische Tradition deutscher Geopolitik an, die seit der Afghanistanexpedition Werner-Otto von Hentigs und Oskar Ritter von Niedermayers die zentrale Be-

deutung Afghanistans für die Weltpolitik stets vor Augen hatte, sei es als Einfallstor nach Indien oder als Operationsbasis des islamistischen Terrorismus.

Dass geopolitische Methoden und Fragestellungen während eines langen Schattendaseins in Deutschland nicht völlig in Vergessenheit gerieten, war nicht zuletzt Heinz Brill zu verdanken, der an verantwortlicher Stelle im Amt für Studien und Übungen der Bundeswehr immer wieder auf geopolitische Herausforderungen aufmerksam machte. Eine Sammlung seiner Analysen und Studien blickt noch einmal zurück auf die Krisenregionen der vergangenen Jahrzehnte. Im Mittelpunkt steht die Sorge um die Mitte Europas angesichts des jetzt überwundenen, historischen Ost-West-Gegensatzes. Gleichzeitig bietet Brill Ausblicke in eine ungewisse Zukunft, deren Konfliktursachen in der gewaltbeherrschten Vergangenheit liegen: Vom Balkan schweift der Blick auf den Nahen und Mittleren Osten und erfasst schließlich auch die Kulturkampfthesen Samuel Huntingtons, deren Nähe zu problematischen Traditionen deutscher Geopolitik nicht zu übersehen ist. Detailuntersuchungen geben schließlich warnende Hinweise: Wer vitale Versorgungslinien sichern möchte, muss künftig neben Erdölpipelines auch die großen Wasserleitungen in die geopolitische Gesamtbetrachtung einbeziehen – nicht nur im Nahen und Mittleren Osten.

Geopolitik verstanden als situationsbezogene und dynamische Betrachtung aller strategischen Faktoren im Raum steht im 21. Jahrhundert vor neuen Fragen: Wie können global wirkende terroristische Netzwerke und organisierte Kriminalität erfasst werden? Welche Szenarien und Prognosen ergeben sich mit Blick auf Klimawandel, Staatszerfall und Pandemien? Eine straffere Auswahl der veröffentlichten Analysen und eine stärkere Konzentration auf zukunftsweisende Beiträge hätte angesichts der neuen Aufgaben die Attraktivität des vorliegenden Bandes erhöht. Dennoch behält er seinen Wert als

historisches Dokument und als Einführung in Fragestellungen und Methoden der geopolitischen Forschung, deren Bedeutung für eine verantwortungsbewusste Sicherheitspolitik heute auch in Berlin nicht mehr in Frage gestellt wird.

Dr. Hans-Ulrich Seidt

Dr. Hans-Ulrich Seidt, pmg-Vorstandsmitglied, ist Botschafter an der Deutschen Botschaft in Duschanbe, Tadschikistan

Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Verfassers wieder.

THEMEN

Von Koizumi lernen

Es gibt sie noch, die charismatischen Politiker, die bereit und in der Lage sind, mit Überzeugungskraft und Führungsstärke ihr Volk von notwendigen Opfern zu überzeugen: Junichiro Koizumi, der japanische Premierminister, gehört dazu. Nach einem hochdramatischen Wahlkampf erlangte er am 11. September 2005 einen überwältigenden Wahlsieg.

Wenige Tage später, am 14. September 2005, erörterten Mitglieder und Freunde der pmg diesen Erfolg im Japanisch-Deutschen Zentrum Berlin. Angelika Viets, Diplomatin und Generalsekretärin des Zentrums sprach über "*Japans Weg aus der Krise: Tokio nach, Berlin vor der Entscheidung.*"

Deutschlands Wähler haben sich zwischenzeitlich einem klaren Votum verweigert. Deshalb gewinnt im Rückblick der Vergleich mit Japan besondere Relevanz. Weshalb entschieden sich die Japaner klar und eindeutig für die kalte Dusche gesellschaftlicher und ökonomischer Modernisierung unter dem Motto: "Stoppt die Reform nicht!?" Und weshalb badet Deutschland weiter lau?

Zunächst die Fakten: Koizumis Entscheidung für vorgezogene Neuwahlen erwies sich nicht als

der erwartete politische Selbstmord. Ganz im Gegenteil: Zusammen mit seinem kleineren Koalitionspartner kontrolliert seine Partei nun zwei Drittel des japanischen Unterhauses und kann den harten Konsolidierungs- und Modernisierungskurs der zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt gestärkt fortsetzen.

Einziges Thema das japanischen Wahlkampfes war die Postreform. Außen- und Sicherheitspolitik spielten keine erkennbare Rolle. Doch hinter dem technischen Begriff "Postreform" verbarg sich der entscheidende Hebel zur Transformation der japanischen Gesellschaft, dessen Nutzung Koizumi bis zum Sommer 2005 auch von Abgeordneten der eigenen Partei verwehrt worden war.

Japans Post gehört die größte Bank der Welt. Zuständig für die Auszahlung der Pensionen ist ihre aufgeblähte, schwerfällige Bürokratie mit 380.000 Mitarbeitern das Symbol für die über Jahrzehnte hinweg verfilzte Pfründenwirtschaft der japanischen Parteipolitiker. Wer den japanischen Bankensektor sanieren und Japans politische und ökonomische Kultur den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anpassen will, musste hier ansetzen.

Und Japan hat dies verstanden: Nach der katastrophalen Wirtschaftskrise der Jahre 1990/1991, die 15 Jahre des ökonomischen Niedergangs einleitete, erkennen die Menschen jetzt die unabwiesbare Notwendigkeit, die gesellschaftliche und ökonomische Verödung ihres Landes mit harten Schnitten zu beenden.

Nach einer tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderung des Landes, die mit der zunehmenden Individualisierung der Gesellschaft verbunden war, erfolgt heute in erster Linie unter Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten eine Rückbesinnung auf Sekundärtugenden. Ohne sie ist der Wettbewerb der asiatischen Mächte des 21. Jahrhunderts nicht mehr zu bestehen: Fleiß, Mut und Tüchtigkeit sind nicht mehr überhöhte Samurai-Ideale,

sondern Voraussetzung des Überlebenskampfes um immer knappere Ressourcen und engere Weltmärkte.

Wenn wir Koizumis Wahlergebnis mit den Resultaten des deutschen Wahlkampfes vergleichen, dann wird in Umrissen erkennbar, weshalb sich Deutschlands Wähler nicht für einen klaren Reformkurs entschieden haben. Erstens: Es gab keinen deutschen Koizumi, keine Persönlichkeit, die die radikale Modernisierung des Landes mit patriotischer Überzeugungskraft verband. Zweitens: Den Deutschen geht es, anders als den Japanern, immer noch zu gut. Das klingt wie Stammtischgerede, hat aber einen empirischen Kern. Japans Wirtschaftskrise begann bereits 1990/1991, während das ökonomische Strohfeuer der Einheit noch bis ins zweite Drittel der 90er Jahre in Deutschland behagliche Wohlstandsillusionen wärmte. Richtig kalt wird es hier also erst in zwei bis drei Jahren. Drittens: Es gibt eben doch eine außen- und sicherheitspolitische Komponente. Japan spürt die wachsende politische, ökonomische und militärische Kraft Chinas viel stärker als Deutschland die Aufholjagd seiner östlichen Nachbarn. Modernisierung wird für Japan im 21. Jahrhundert ebenso zur Überlebensfrage wie im Zeitalter des Imperialismus.

Am 14. September 2005 verließen Freunde und Mitglieder der *pmg* das Japanisch-Deutsche Zentrum Berlin mit gemischten Gefühlen: Sorge, Hoffnung, Zuversicht. Der Wahlabend am 18. September richtete dann den Blick auf die deutsche Realität. Manche Hoffnung blieb unerfüllt, die Sorge ist nicht gewichen, doch die Zuversicht sollten wir nicht verlieren. Koizumi hat den Japanern die Alternative überzeugend deutlich gemacht: Verkrustung und Niedergang oder schmerzhafter Wandel zum Besseren. Warum sollten Deutschlands Politiker/Innen nicht von Koizumi lernen?

atlanticus

IMPRESSUM

Denkwürdigkeiten

Journal der
Politisch-Militärischen
Gesellschaft e.V.

Herausgeber
Der Vorstand der **pmg**

Redaktion
Ralph Thiele (V.i.S.d.P.)
Tel.: 0173-5497942
E-Mail: info@pmg-ev.com
Webseite: www.pmg-ev.com

Die **Denkwürdigkeiten** erscheinen
mehrfach jährlich nach den Ver-
anstaltungen der **pmg**.

